



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Dienstag, 16.04.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 2

Vorstellung Kreispflegeplan und Bericht
Pflegestützpunkt
- mündlicher Bericht

Vorl.Nr. 089/24

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung stellt EBMin **Schmetz** den zuvor in der nichtöffentlichen Sitzung gewählten **Feuerwehrkommandanten** Jochen Reuschle vor. Mit Jochen Reuschle habe man einen wunderbaren Nachfolger für Hans-Peter Peifer gefunden. Durch seine jahrelange Tätigkeit bei der Feuerwehr Ludwigsburg bringe er die nötige Erfahrung, Führungsstärke und soziale Kompetenz mit. Er wird die Stelle voraussichtlich am 10. Juni dieses Jahres antreten.

Ebenso wird Alke Hollwedel als neue **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur von EBMin **Schmetz** vorgestellt. Die Übertragung der Tätigkeit ist zuvor in der nichtöffentlichen Sitzung beschlossen worden.

EBMin **Schmetz** tritt in die Tagesordnung ein und ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Eine **Vertreterin** des Landratsamtes und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Wohnen gehen anhand von Präsentationen, die dieser Niederschrift beiliegen, auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Die demografische Entwicklung beschäftige die Stadt und den Kreis schon seit Jahren, merke sie an.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für den Bericht und die Arbeit. Sie erwartet künftig schlimmere Verhältnisse. Ludwigsburg stehe im Moment gut da, das sei beruhigend. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, rät sie den Einsatz von Einwandernden. Die Quartiersentwicklung und die Entlastung der pflegenden Angehörigen sei wichtig. Man müsse sich über entsprechende Wohnformen Gedanken machen. Baugruppen müssen sich entsprechend positionieren und barrierefreies Wohnen, Mehrgenerationen und Appartements für Pflegekräfte anbieten. Diese Zukunftsmodelle und Projekte sollen unterstützt werden.

Stadtrat **Meyer** dankt ebenso für die gute Arbeit. Beruhigt sei er jedoch nicht. Er spricht die Themen Pflegekräftemangel und Pflegedokumentation an. Zu Letzterem könne ein Bürokratieabbau Entlastung bringen. Für die Ambulantisierung seien weder Kliniken noch niedergelassene Ärzte vorbereitet. Die Möglichkeiten einer Kurzzeitpflege müsse erhöht werden. Die Finanzierung von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen solle überdacht und unterstützt werden. Derzeit sei eine dauerhafte Belegung für die Träger lukrativer. In den Stadtteilen seien bereits Strukturen vorhanden. Die Gemeinwesenbeauftragten könnten unterstützen, meint er und regt die Förderung von Quartiersprojekten und eine finanzielle Unterstützung durch den Kreis an. Man dürfe nicht sektoral denken. Erfahrungen und Konzepte anderer Kommunen könnten auch auf Ludwigsburg übertragbar sein.

Stadträtin **Moersch** dankt für die engagierte Arbeit. Die Pflege stelle die ganze Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Man müsse sich um die älter werdende Gesellschaft ebenso sorgen, wie um die Kinderbetreuung. Ludwigsburg stehe momentan gut da, dennoch sei eine gute Vorbereitung wichtig, da die Inanspruchnahme häufig spontan notwendig werde. Viele ältere Menschen haben eine beachtliche Lebensleistung unter anderen beruflich, familiär oder im Ehrenamt. Der Pflegestützpunkt sei als erste Anlaufstelle für die pflegenden Angehörigen mit einer kompetenten und soliden Beratung, wichtig. Man benötige mehr Kurzzeitpflegeplätze, um die pflegenden Familienangehörigen zu unterstützen und einer Überlastung vorzubeugen. Man brauche mehr Pflegekräfte und die Möglichkeit über die Zuwanderer müsse weiter geprüft werden. Die Anzahl der drohenden Verwahrlosung nehme zu. Die Situation sei besorgniserregend.

Stadträtin **Metzger** weist auf die Pflegebedürftigen jüngerer Alters hin. Man brauche eine bedarfsgerechte Pflege. Die Abdeckung in einem Haus sei schwer umzusetzen. Personal werde gebraucht, es gebe einen sehr hohen Bedarf. Sie fragt, ob der momentane Anstieg der Pflegebedürftigen auf Coronaauswirkungen zurückzuführen sei. Weiter interessiert sie, ob der Pflegestützpunkt eine Online-Beratung anbiete.

Die Herausforderungen und die Defizite in der Struktur seien erkannt, merkt Stadtrat **Heer** an. Es gebe einen akuten Handlungsbedarf. Das Thema sei ein gesamtgesellschaftliches Problem, nicht nur für die Betroffenen. Man müsse das Bewusstsein in der Gesellschaft wecken. Er dankt für das Engagement.

Stadtrat **Müller** dankt für das Engagement und das Beratungsangebot. Er fragt, ob es weitere Pflegestützpunkte in anderen Kommunen gebe. Die Entwicklung des Pflegebedarfs sei diffus und der Verlauf könne nicht abgesehen werden. Der gesellschaftliche Nutzen der Beratungsangebote sei gegeben. Er geht auf den Wegfall der ASB-Tagespflege und die Prüfung der teilstationären Pflegeangebote ein und fragt nach der Art der möglichen Maßnahmen. Mehr Information wünscht er zur Sozialplanung hinsichtlich künftiger Wohnformen, Senioren-WGs und Mehrgenerationenhäusern. Er fragt nach den Gründen der Pflegeplatzrückgänge in einzelnen Häusern und ob diese Entwicklung den geforderten Standards geschuldet sei.

Die jüngeren Pflegebedürftige sowie pflegebedürftige Kinder müssen ebenso mitgedacht werden, betont Stadträtin **Wiedmann**. Sie fragt, ob Beratungen für diesen Personenkreis ebenso nachgefragt werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Wohnen geht auf die offenen Fragen ein. Die Nachfrage nach einer Online-Beratung

steige an. Zum Thema pflegebedürftige Kinder gebe es extra geschulte Mitarbeitende. Hier seien die Anfragen eher gering, vermutlich durch die vorhandenen Beratungsstrukturen in den Kliniken.

Für die pflegebedürftigen Kinder gebe es weitere Hilfestrukturen, wie die Eingliederungshilfe über das Jugendamt, ergänzt eine **Vertreterin** des Landratsamtes. Die Eingradung erfolge über den Pflegestützpunkt. Für den Landkreis Ludwigsburg gebe es fünf Standorte. Diese seien in Besigheim, Bietigheim, Vaihingen, Landratsamt Ludwigsburg und Stadt Ludwigsburg verortet. Sie geht auf die Pflegestatistik ein. Für 2023 liegen die Daten noch nicht vor, deshalb könne keine fachliche Einschätzung zur Auswirkung der Coronazeit gemacht werden.

Die Herausforderung sei immens, so EBMin **Schmetz**, auch wenn die Entwicklung absehbar gewesen sei. Bereits in den 90er Jahren habe man auf diese Situation hingewiesen. Die Anwerbung ausländischer Kräfte sei bereits Standard, dennoch sei die Sprache ein wichtiges Element. Die niedere Auslastung in manchen Häusern hänge mit den fehlenden Pflegekräften zusammen. Man versuche möglichst lange im privaten Wohnraum und ambulant vor Ort zu pflegen. Sie begrüßt den Quartiersansatz. Die Thematik werde konzeptionell von Baugruppen aufgegriffen und fließe bei Neubaugebieten ein. Sie spricht den Sozialdatenatlas an. Man wolle eine Transparenz über die vorhandenen Pflegeplatzstellen und ambulanten Plätze schaffen.

TOP 3

Antrag auf Mittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft für das Kooperationsprojekt "Blaze the Maze - Ein Ludwigsburger Breaking-Event für Jugendliche zu Olympia 2024"

Vorl.Nr. 317/23

Beschluss:

Die interkommunale Kunstschule Labyrinth erhält für die Umsetzung des Kooperationsprojekts „Blaze the Maze – Ein Ludwigsburger Breaking-Event für Jugendliche zu Olympia 2024“ eine einmalige Förderung des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft in Höhe von 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Kunst und Kultur stellt das Projekt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Das Projekt sei toll, sagt Stadträtin **Shoaleh**. Man sei am Puls der Zeit und treffe ein aktuelles Thema. Sie fragt, über welche Wege die Jugendlichen erreicht werden.

Das Projekt zelebriere ein Stück Jugendkultur, meint Stadträtin **Dr. Traub** und lobt die Teilnahme der hochkarätigen Akteure. Breaking sei ein beeindruckender Sport und verbinde die Komponenten Kraft und Musikalität. Sie geht auf die strukturelle Änderung, wie Bundeskader und der Zugang zum Sponsoring, aufgrund der Aufnahme als olympische Disziplin ein. Die Kombination mit Streetart hebt sie lobend hervor.

Das Event biete den Jugendlichen eine Möglichkeit sich im Breaking zu versuchen, lobt Stadträtin **Moersch**. Es sei großartig, dass dieses Projekt mit einem tollen Konzept in Ludwigsburg angeboten werde. Durch den Kontakt zu den Schulen erreiche man die Jugendlichen. Sie geht von einem großen Zulauf aus, auch aufgrund der renommierten Professionals.

Für Stadtrat **Prof. von Stackelberg** ist das Projekt ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Breiten- und Spitzensport verknüpft werden könne. Durch dieses niederschwellige Angebot können die Jugendlichen erreicht werden. Er dankt für das Engagement.

Stadtrat **Heer** bezeichnet das Event als zeitgemäßes und interessantes Angebot für Jugendliche. Er hofft auf eine gute Resonanz.

Auch Stadtrat **Müller** äußert sich lobend. Das Projekt fördere den Zusammenhalt und werde schulübergreifend angeboten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt die gute Sponsoringarbeit und regt an, die Partnerstadt Montbéliard im Sinne eines Sportfestes einzuladen.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Kunst und Kultur dankt für das positive Feedback. Die Workshops seien bereits ausgebucht. Der Kontakt sei über die Schulen erfolgt. Perspektivisch wolle man AGs an Schulen und in der Kunstschule Labyrinth anbieten. Eine Teilnahme der Partnerstadt sei bereits geprüft worden. Hierzu sei die Vorbereitungszeit nicht ausreichend gewesen. Es werden Teilnehmer aus Nizza und Nantes erwartet.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:**Beschluss durch den Bildungs- und Sozialausschuss (BS):**

1. Dem standardisierten Raumprogramm in Anlage 1 für einen Erweiterungsbau für den Ausbau des Ganztags an einer Grundschule wird zugestimmt.
2. Der Erweiterung der Schubartschule für den Ganztags, entsprechend dem in Anlage 1 beschlossenen Raumprogramm, wird zugestimmt.

Beschluss durch den Bauausschuss (BA):

3. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren für die Vergabe der Planungsleistungen sowie der Vergabe der Leistungen für die Verfahrensbetreuung an die REM ASSETS AG aus Stuttgart wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beschlossenen Raumprogramms eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Neubau an der Schubartschule zu erarbeiten.
- 5.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie weist darauf hin, dass die bauliche Thematik im Bauausschuss beraten werde.

Stadtrat **Meyer** stimmt dem Raumprogramm zu. Er nehme an, dass die Verwaltung das vorliegende Raumkonzept hinreichend geprüft habe und der Verzicht auf das Stuhllager im Mensabereich gut durchdacht sei. Kritik übe er am Zeitablauf für die geplante Fertigstellung im Herbst 2028, zumal der Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27 stufenweise eingeführt werden solle. Seine Fraktion habe bereits bei den Haushaltsberatungen einen Antrag zur Aufnahme weiterer Grundschulen gestellt. Dieser sei leider abgelehnt worden. Umso mehr freut er sich über die jetzige Möglichkeit. Er fragt nach den Förderkriterien.

Die Ganztagesbetreuung sei für Familien wichtig, sagt Stadträtin **Moersch**. Sie geht ebenso auf den Rechtsanspruch ein. Sie stimmt dem Raumprogramm zu. Sie bemängelt die lange Zeitdauer bis zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus an der Schubartschule und fragt, ob dies nicht schneller ginge.

Ebenso kritisiert Stadtrat **Prof. von Stackelberg** den langen Zeitablauf. Diese Kritik solle in den Bauausschuss gespiegelt werden. Die Schubartschule habe schon lange Priorität. Die Pläne für den Standardbau könne an anderen Schulen ebenso umgesetzt werden. Zudem wünsche er sich künftig Alternativausführungen. Das Raumprogramm sei plausibel. Er fragt, warum auf das Stuhllager verzichtet werde. Zudem interessiert ihn, ob die Mensa auch für andere Zwecke nutzbar sei.

Die Umsetzung sei dringend notwendig, sagt Stadtrat **Heer**. Sinnvoll sei, dass man sich in diesem Zuge auch mit den weiteren Schulen befasse, eventuell durch eine Gesamtvergabe.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wundert sich ebenso über die Zeitlänge. Die Ganztagesräume könnten miteinander verbunden werden, regt sie an.

Stadtrat **Müller** sieht die Mensa mit 200 Quadratmetern als zu klein an. Er vermutet, dass aufgrund der späten Inbetriebnahme im Jahre 2027 keine Fördermittel möglich seien.

Die Förderkriterien des Landes seien noch nicht bekannt, so der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die jetzige Frist ende am 22.04.2024. Vermutlich werde diese jedoch vom Land verlängert. Man wolle sich für alle Schulen die Fördermittel sichern und einen Antrag stellen. Die Förderung könne bei bis zu 70% liegen.

Die Schüler essen in Schichten und dies sei übliche Praxis, antwortet EBMin **Schmetz** auf die Frage zur Größe der Mensa. Der Anbau sei für die Schubartschule eine gute Verbesserung. Aufgrund der Haushaltslage und im Sinne von WIN LB müssen pragmatische Lösungen gefunden werden. Hinsichtlich der langen Bauzeit werde sie intern mit dem Bauausschuss ins Gespräch kommen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über Ziffer 1 und 2 der Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informieren anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Ergebnisse der Elternumfrage. Die Umfrage diene als Grundlage für die Gespräche in der Trägerkonferenz. Man wolle künftig jedes Jahr abfragen. Die gewünschte Kernzeit liege zwischen 8:00 und 15:00 Uhr, so auch die Erfahrung in der Schulkindbetreuung.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt für die wichtige Information und fragt nach dem Verwaltungsaufwand bei der Abrechnung einzelner Tage. Sie regt Partnerschaften mit benachbarten Einrichtungen an, sowie eine bessere private Vernetzung. Man könne nicht alle Elternwünsche abdecken und sie wünscht eine Bereitschaft der Eltern für verschiedene Modelle.

Die Online-Umfrage sei gut und eine jährliche Abfrage wichtig, meint Stadträtin **Moersch**. Sie will wissen, in welchen Stadtteilen die höchsten Bedarfe bestehen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** habe sich eine höhere Rücklaufquote gewünscht, um ein aussagekräftiges Ergebnis zu erhalten. Man brauche für eine Umsetzung auch eine gewisse Vorlaufzeit und der derzeitige Fachkräftemangel komme erschwerend hinzu. Man könne nicht alle Bedarfe abdecken. Sie rät zu einer Vernetzung in der Nachbarschaft oder verschiedener Modelle, wie Leih-Omas. Der Weg zur Kita solle möglichst wohnortnah sein.

Stadtrat **Heer** fragt, wie die Reaktion der Elternschaft sei, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen werde.

Stadtrat **Müller** erkundigt sich zum abgefragten Teilnehmerkreis.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf den Teilnehmerkreis ein. Der Link sei über alle Einrichtungen an die Eltern, die aktuell ein Angebot wahrnehmen, verbreitet worden.

Der Spruch „kurze Wege für kurze Beine“ versuche man umzusetzen, sagt EBMin **Schmetz**. Im U3-Bereich sei die Bindung ein wichtiges Element. Auch im Ü3-Bereich müsse Beziehungskontinuität gewahrt werden. Man wolle die Angebote passgenauer gestalten und strategisch vorbereiten. Hierzu müsse man mit den Trägern, Kindernestern und Kindertagespflege ins Gespräch kommen. Schichtarbeit und Wochenendarbeit werde bisher nicht abgedeckt.

Beschluss:

1. Die Sachzuwendungen der Firma Geiger GmbH & Co. KG, Am Fuchsgraben 12, 77880 Sasbach, in Höhe von 3.271,68 EUR, eingegangen am 10.10., 11.10., 12.10., 14.10., 18.10., 19.10. und 20.10.2022 werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Prof. von Stackelberg
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Im Anschluss findet der zweite Teil der nichtöffentlichen Sitzung statt.